



DIE EUROPÄISCHE
UNION ERKLÄRT

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

**Armutsbekämpfung
in einer Welt
im Wandel**

Es ist eine weithin anerkannte Tatsache, dass wir die technologischen, finanziellen und materiellen Ressourcen besitzen, um unsere Welt bis zum Jahr 2030 von der Geißel der extremen Armut zu befreien. Es gibt keine Ausrede, dies nicht zu tun.



DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT

Diese Veröffentlichung ist Teil einer Schriftenreihe, in deren Rahmen die Aktivitäten der EU in unterschiedlichen Politikfeldern, die Gründe und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erläutert werden.

Sie können die Veröffentlichungen der Reihe hier herunterladen:

http://europa.eu/pol/index_de.htm
<http://europa.eu/!qf86pN>

So funktioniert die Europäische Union
Europa in 12 Lektionen
Europa 2020: Europas Wachstumsstrategie
Die Gründerväter der EU

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport
Außen- und Sicherheitspolitik
Banken und Finanzen
Beschäftigung und Soziales
Betrugsbekämpfung
Binnenmarkt
Digitale Agenda
Energie
Erweiterung
Forschung und Innovation
Gesundheitswesen
Grenzen und Sicherheit
Handel
Haushalt
Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz
Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung ✘
Justiz, Grundrechte und Gleichstellung
Klimaschutz
Kultur und audiovisuelle Medien
Landwirtschaft
Lebensmittelsicherheit
Meerespolitik und Fischerei
Migrations- und Asylpolitik
Regionalpolitik
Steuern
Umwelt
Unternehmen
Verbraucher
Verkehr
Wettbewerb
Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro
Zoll

INHALT

Warum wir eine EU-Politik für Entwicklungszusammenarbeit brauchen	
Mehr als die Summe aller Teile	3
Wie sieht die Umsetzung in der EU aus?	
Ein individueller Ansatz	6
Das macht die EU	
Vom Reden zum Handeln	9
Ausblick	
Ehrgeizigen Zielen gerecht werden	15
Weitere Informationen	16

Die Europäische Union erklärt: Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Bürgerinformation
1049 Brüssel
BELGIEN

Letzte Aktualisierung: November 2014

Deckblatt und Bild auf Seite 2: © iStockphoto.com/lucadp

16 S. – 21 × 29,7 cm
ISBN 978-92-79-41854-9
doi:10.2775/37753

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014

© Europäische Union, 2014
Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden.

Warum wir eine EU-Politik für Entwicklungszusammenarbeit brauchen

Mehr als die Summe aller Teile

Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedsländer sind der größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA). Zusammen haben sie im Jahr 2013 Hilfen in Höhe von 56,5 Mrd. € bereitgestellt. Dies entspricht 52 % der weltweit im Laufe des Jahres gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe.

Allein hat die Europäische Union im selben Jahr 2013 ebenfalls eine beträchtliche Summe für Außenhilfe bereitgestellt: 14,86 Mrd. €. Hauptempfänger waren die Niedrigeinkommensländer und die am wenigsten entwickelten Länder.

Die EU ist in 140 Staaten präsent und verfügt über ein sehr breit gefächertes Know-how und eine einzigartige Glaubwürdigkeit und Neutralität in Bezug auf Menschenrechte, Wahlbeobachtung, Staatsführung und Krisenbewältigung. Die EU-Programme laufen über mehrere Jahre, sodass die Entwicklungshilfe langfristig angelegt und planbar ist. Diese zwei Faktoren sind wichtig, damit eine nachhaltige Entwicklung stattfinden kann.

Die EU spielt bei der Koordinierung der Maßnahmen der verschiedenen Geber eine Rolle. Dank ihrer supranationalen Dimension kann sie ehrgeizige gemeinsame Ziele setzen und umfassende Lösungen für globale Entwicklungsprobleme formulieren und umsetzen. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage ist die Vermeidung von doppeltem Aufwand und Überschneidungen wichtiger denn je. Und schließlich hat die EU das kritische Gewicht, das erforderlich ist, um auf globale Herausforderungen angemessen reagieren zu können.

Die Aktivitäten der EU im Bereich der Entwicklungshilfe sind mit den Maßnahmen in anderen Politikbereichen – u. a. humanitäre Hilfe, Umwelt, Sicherheit und Handel – abgestimmt.

Solidarität – ein Kerngedanke der europäischen Idee

Die Entwicklungszusammenarbeit war von Beginn an ein fester Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses. Durch die Römischen Verträge (1957) wurde der Europäische Entwicklungsfonds geschaffen, durch den die Kolonien und Überseegebiete Unterstützung erhalten sollten. Als Anfang der 1960er-Jahre die Entkolonialisierung einsetzte, erklärten sich die Mitgliedstaaten bereit, einen Teil der Kosten im Zusammenhang mit der Entlassung ihrer ehemaligen Kolonien in die Unabhängigkeit zu tragen. Diese Politik wurde schrittweise auf immer mehr Entwicklungsländer in Asien, Lateinamerika und in der europäischen Nachbarschaft ausgeweitet.

Im Jahr 2000 wurde das weitreichende Cotonou-Abkommen zwischen der EU und den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) geschlossen. Dieses Handels- und Entwicklungshilfeabkommen ist die bisher umfassendste Partnerschaft zwischen den AKP-Staaten und der EU. Es läuft über einen Zeitraum von 20 Jahren. Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Beseitigung der Armut und Hilfe bei der wirtschaftlichen Integration der AKP-Staaten auf globaler Ebene.

Zusätzliche Finanzierungsinstrumente, wie das Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit und das Europäische Nachbarschaftsinstrument, ermöglichen der EU, ihre Arbeit auch in anderen Teilen der Welt fortzusetzen.

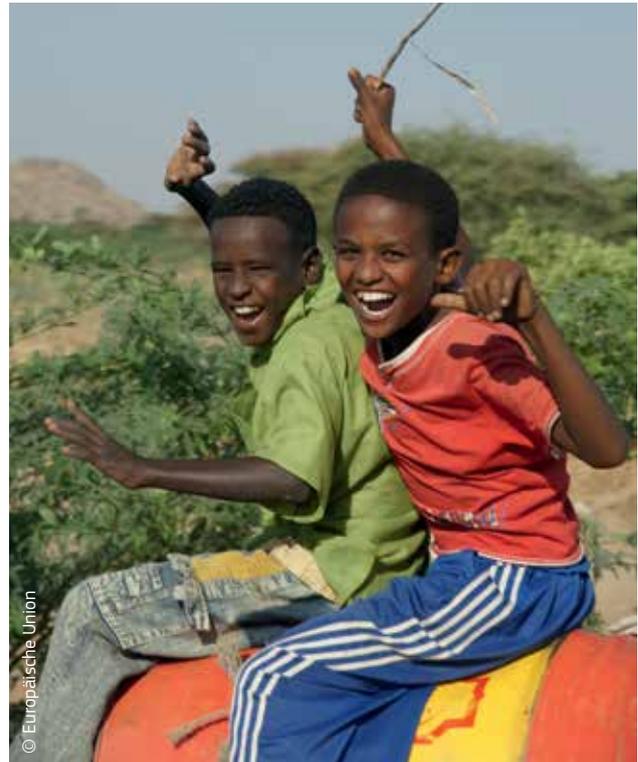
Darüber hinaus hat sich die EU im Jahr 2000 verpflichtet, die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen in Bezug auf die Reduzierung der extremen Armut bis 2015 zu unterstützen.

Der Vertrag von Lissabon hat die rechtliche Grundlage für die Entwicklungszusammenarbeit der EU weiter gestärkt. Es ist darin klar zum Ausdruck gebracht, dass die Reduzierung und Beseitigung von Armut zu den vorrangigen Zielen der Entwicklungspolitik der EU gehören. Dieses Ziel gilt auch, wenn die Union Politikmaßnahmen umsetzt, die Entwicklungsländer potenziell betreffen. Es bedeutet zudem, dass die Entwicklungspolitik ein eigenständiger Politikbereich ist.

Ein wichtiger Beitrag zu den Millennium-Entwicklungszielen

Beim Gipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 hat die EU gemeinsam mit anderen globalen Mächten ihre Bereitschaft erklärt, die Armut in der Welt bis 2015 zu beseitigen. Es wurden acht Millennium-Entwicklungsziele vereinbart:

- Bekämpfung von extremer Armut und Hunger;
- Grundschulbildung für alle;
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter;
- Senkung der Kindersterblichkeit;
- Verbesserung der Gesundheit von Müttern;
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten;
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit;
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.



Kinder auf dem Weg zwischen Keren und Barentu in Eritrea. Die EU war nach dem Grenzkrieg mit Äthiopien 1998 am Wiederaufbau des Landes beteiligt.

Konstantes Bemühen um mehr Effizienz

Die Millennium-Entwicklungsziele stehen im Zentrum der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und bilden deren wichtigste Zielvorgaben. Zu den Herausforderungen bei der Umsetzung dieser Ziele gehört die Mobilisierung ausreichender finanzieller Mittel. Dazu wurde 2002 im mexikanischen Monterrey eine Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung abgehalten, die in den Konsens von Monterrey mündete, der die Staats- und Regierungschefs dazu verpflichtete, alle Quellen zur Entwicklungsfinanzierung (im Inland und international, öffentlicher und privater Art) zu mobilisieren, einschließlich einer erheblichen Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe.

Seither unterzieht die EU ihre gemeinsam an Entwicklungsländer geleisteten Hilfen jährlich einer Überprüfung.

„Agenda für den Wandel“: die Antwort der EU auf neue Herausforderungen

Um die Entwicklungsziele zu erreichen, müssen die Politikinitiativen und Maßnahmen der EU mit einem globalen Umfeld Schritt halten, das sich permanent im Wandel befindet. Von der Knappheit natürlicher Ressourcen bis hin zum Wachstum aufstrebender Entwicklungsländer und den Folgen der Wirtschaftskrise: Neue Herausforderungen und Chancen verlangen von der EU eine kontinuierliche Anpassung ihrer Entwicklungszusammenarbeit.

Die 2011 angenommene „Agenda für den Wandel“ ist eine Strategie zur Bekämpfung der Armut, die sich dadurch auszeichnet, dass sie die Art und Weise entscheidend verändert, wie EU-Entwicklungshilfe geleistet wird. Dazu gehören folgende Änderungen:

- Differenzierung: Der zweigleisige Ansatz besteht darin, dass Länder gefördert werden, in denen die Entwicklungshilfe die größte Wirkung entfalten kann und wo Hilfe am nötigsten ist. Welche Art von Unterstützung am wirkungsvollsten ist, sollte auf Grundlage der jeweiligen länderspezifischen Situation festgelegt werden;
- Fokussierung der Tätigkeit der EU auf maximal drei Sektoren pro Land;
- Verbesserung der Koordinierung auf EU-Ebene für eine erhöhte Wirkung und bessere Ergebnisse in der Entwicklungszusammenarbeit;

- besondere Förderung von Menschenrechten, Demokratie und verantwortungsvoller Staatsführung, Berücksichtigung der Erfahrungswerte im Zusammenhang mit den jüngsten Umbrüchen in Nordafrika und Nahost;
- vermehrte Unterstützung für ein integratives und nachhaltiges Wachstum durch ein aktiveres Engagement in strategischen Sektoren wie der Landwirtschaft und dem Energiesektor und Förderung der Entwicklung des privaten Sektors;
- Maximierung der politischen Kohärenz, damit sichergestellt ist, dass die Belange der Entwicklungspolitik in allen Politikbereichen der EU Berücksichtigung finden. So wird die EU zum Beispiel Entwicklung und Handel aufeinander abstimmen können.

Große Hoffnungen, hohe Einsätze

Während der Anteil der Menschen, die in den Entwicklungsländern in extremer Armut leben, zwischen 1990 und 2005 von 46 % auf 27 % gefallen ist, leben weltweit etwa 1,2 Milliarden Menschen immer noch unter der international geltenden Armutsgrenze von 1,25 USD pro Tag. Diese Zahlen zeigen einerseits die ermutigenden Fortschritte, die schon erzielt werden konnten, und andererseits das Ausmaß der Arbeit, die noch vor der Politik liegt.

Mehr als ein Jahrzehnt nach der Annahme der Millennium-Entwicklungsziele haben viele Länder es geschafft, sich aus der Armut zu befreien und Konflikte beizulegen. Einige haben sich zu verantwortungsvollen internationalen Gebern und dynamischen Volkswirtschaften entwickelt. Unglücklicherweise sind jedoch auch viele in noch größere Armut, Konflikte und Instabilität abgerutscht und einige verwehren ihren Staatsbürgern weiterhin grundlegende Menschenrechte.

Es geht nicht allein um Armut. Die jüngsten Volksaufstände im Mittelmeerraum haben gezeigt, dass Entwicklung stets mit der Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einhergehen muss. Die EU lässt diese Fragen in alle Aspekte ihrer Entwicklungspolitik einfließen.

Die EU richtet ein besonderes Augenmerk auf die am meisten gefährdeten Länder. Nahezu die Hälfte der europäischen Entwicklungshilfe geht an fragile Staaten. In krisenanfälligen Ländern, in denen die weltweit am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen leben, wird die Entwicklungshilfe zunehmend für die Friedenskonsolidierung und die Schaffung einer geordneten Staatlichkeit eingesetzt, um Qualität und Wirkung der Hilfen zu maximieren. Nach Krisen, Konflikten oder Naturkatastrophen werden alle Geber gefordert sein, einen reibungslosen Übergang von humanitärer Hilfe zu nachhaltiger Entwicklungshilfe zu gewährleisten und die Koordinierung zu verbessern, damit das betroffene Land rasch zu stabilen Verhältnissen zurückkehrt. Die EU ist bei diesem „New Deal“ für fragile Staaten ein wichtiger Partner.

Integriertes Handeln, um Menschen aus der Armut zu befreien

Entwicklungspolitik ist eng mit fundamentalen Themen von globaler Tragweite verknüpft, an denen die EU mit ihren Partnern arbeitet. Von Klimawandel und Sicherheitsfragen, wie Terrorismus oder Menschenhandel, bis hin zu Migration und Energiesicherheit: Die Entwicklungszusammenarbeit kann einen positiven Beitrag zum Handeln der EU in der Welt leisten.

Die Arbeit mit Entwicklungsländern spielt zudem für die Erreichung der Wachstumsziele eine Rolle, die sich die EU für die kommenden Jahre gesteckt hat. Die Partnerschaft mit Entwicklungsländern und aufstrebenden Volkswirtschaften fördert intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, wie es die Europa-2020-Strategie vorsieht. Die Förderung von Wohlstand und offenen und fairen Märkten weltweit schafft eine Win-Win-Situation, von der sowohl die Partnerstaaten als auch die EU wirtschaftlich profitieren.

Die Effizienz des Mitteleinsatzes ist dabei von zentraler Bedeutung. Die EU bemüht sich durch ein koordiniertes Vorgehen darum, die verfügbaren Mittel bestmöglich einzusetzen.



© Europäische Union/Natalia Lazarewicz

Die Zusammenarbeit der EU mit dem Sudan verknüpft humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und Entwicklung, wie in diesem Flüchtlingscamp im Norden Darfurs.

Wie sieht die Umsetzung in der EU aus?

Ein individueller Ansatz

Bei ihrer Hilfeleistung an bedürftige Staaten kombiniert die EU verschiedene Ansätze. Die Hilfe wird vorrangig über Projekte, Zuschüsse und Aufträge gewährt, aber auch durch sektorspezifische Hilfe und Haushaltsunterstützung.

- **Projekte, Zuschüsse und Aufträge**

Ein Projekt besteht aus einer Reihe von Aktivitäten zur Erreichung bestimmter Ziele innerhalb eines definierten Zeitraums und Budgets. Zuschüsse sind direkte Finanzhilfen für Organisationen oder von diesen geleitete Projekte. Zuschüsse werden den besten Bewerbern auf dem Wege einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt. Aufträge werden mittels Ausschreibungsverfahren zur Beschaffung von Dienstleistungen, Waren oder Bauleistungen vergeben.

- **Haushaltsunterstützung**

Haushaltsunterstützung umfasst Schatzanweisungen an das Partnerland in Verbindung mit einem intensiven politischen Dialog. Dazu gehören des Weiteren Maßnahmen zur Bewertung und Verbesserung der Wirkung dieser Mittel. Auf der Grundlage von Partnerschaften und gegenseitiger Verantwortung ist die Haushaltsunterstützung ein wichtiges Instrument zur Finanzierung der Entwicklungsstrategien der Partnerländer. Die Bereitstellung von Hilfe erfolgt in Abstimmung auf den für ein Land jeweils ermittelten Bedarf und unter nachdrücklicher Schwerpunktsetzung auf national verantwortete Entwicklungsstrategien.

Um für Haushaltsunterstützung in Frage zu kommen, müssen potenzielle Empfängerländer ihr Engagement in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung unter Beweis stellen und strenge Kriterien erfüllen, unter anderem im Hinblick auf die Verwaltung öffentlicher Finanzen.

- **Sektorspezifische Hilfe**

Ein Großteil der von der EU bereitgestellten Entwicklungsgelder fließt in bestimmte Sektoren der Partnerländer wie Energie, Landwirtschaft oder Bildung. Sektoren erhalten Unterstützung in Form von finanziellen Hilfen für Programme, die von den Partnerländern durchgeführt werden. Die Finanzhilfen können in Form von sektorspezifischer Haushaltsunterstützung, Zuschüssen und Aufträgen gewährt werden oder durch die Zusammenlegung von Ressourcen unterschiedlicher Geber.

Lida und Alina aus Cazanesti in der Republik Moldau profitieren von der Unterstützung der EU für die sozialen Dienste in ihrem Land.



Ein horizontaler und ein vertikaler Ansatz

Die Entwicklungshilfemechanismen der EU können geografisch oder thematisch ausgerichtet sein. Für die Jahre 2014–2020 ist über drei geografische und drei thematische Instrumente festgelegt, wohin und wie Gelder fließen.

Der Großteil der Entwicklungshilfe stammt aus Instrumenten mit geografischer Schwerpunktsetzung.

- Der Europäische Entwicklungsfonds ist das wichtigste Instrument der Hilfe für AKP-Staaten und überseeische Länder und Hoheitsgebiete.
- Das Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit deckt die Zusammenarbeit mit Lateinamerika, Asien, Zentralasien, Nahost und Südafrika ab. Es umfasst fünf thematisch ausgerichtete Programme zur Bewältigung globaler Herausforderungen: Umweltschutz, die Rolle nichtstaatlicher Akteure, Ernährungssicherheit, Migration sowie menschliche und soziale Entwicklung.
- Die Finanzierung für die Zusammenarbeit mit anderen Nachbarstaaten erfolgt über das Europäische Nachbarschaftsinstrument.

Diese Werkzeuge werden durch Instrumente mit thematischem Schwerpunkt ergänzt, die allen Entwicklungsländern offenstehen.

- Ziel des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte ist der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.
- Das Instrument für Stabilität und Frieden stärkt die Sicherheit in Krisensituationen und unterstützt die Rückkehr zur Stabilität nach einer Krise.
- Aufgabe des Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit ist die nukleare Sicherheit, Strahlenschutz und Notfallplanung.

Die Themenprogramme der EU fördern die Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft und lokalen Behörden an der Entwicklungszusammenarbeit.

Besser, schneller, mehr: Entwicklungshilfe und erfolgreiche Entwicklungsarbeit

Der europäische Konsens über die Entwicklungspolitik besteht aus einem Rahmenwerk gemeinsamer Grundsätze, die der EU und ihren Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, Entwicklungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Komplementarität und Effizienz umzusetzen.

Die EU überwacht die Qualität der Entwicklungshilfe durch konkrete Ziele, die in der Pariser Erklärung (2005) und dem Aktionsplan von Accra (2008) international vereinbart und im Rahmen des hochrangigen Forums in Busan (Südkorea) überarbeitet wurden und schließlich in die Globale Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit (2011) mündeten.

Als Mitglied des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) ist die EU in internationalen Foren aktiv, um die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Sie hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um die Wirksamkeit globaler Entwicklungshilfe zu erhöhen, und die Art und Weise der Erbringung von Entwicklungshilfe reformiert, um diese Ziele zu erreichen.

Das vierte hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2011 im südkoreanischen Busan stellte einen Wendepunkt in der globalen Entwicklungszusammenarbeit dar. Regierungsteilnehmer aus über 160 Ländern sowie von internationalen Organisationen entsandte Teilnehmer und Teilnehmer der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors einigten sich auf eine Reihe von Grundsätzen, Zielen und Verpflichtungen, um einen höheren Wirkungsgrad in der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Es ging darum, von der reinen Entwicklungs-„Hilfe“ zu einem umfassenderen Ansatz überzugehen, der alle Akteure des Entwicklungssektors ins Boot holt.

Die EU entschied, sich bei ihren unmittelbaren gemeinsamen Folgemaßnahmen auf zwei Initiativen zu konzentrieren:

- Ziel der Transparenzgarantie der EU ist die Bereitstellung international vergleichbarer Daten über Entwicklungshilfe, die aktuell und einfach zugänglich sind. Im Rahmen dieser Zielsetzung sind die Europäische Kommission und eine Reihe von EU-Ländern bereits dabei, den global vereinbarten Standard für die Veröffentlichung von Entwicklungshilfedaten umzusetzen und umfangreiche Daten darüber, wo und wie Entwicklungshilfe geleistet wird, fristgerecht bereitzustellen.

- Gemeinsame Programme sollen eine einheitliche europäische Antwort auf den Entwicklungsplan eines Partnerlandes ermöglichen, unter anderem durch Arbeitsteilung. Die EU und ihre Mitgliedstaaten legen zusammen fest, welcher Geber in welchem Sektor arbeitet. Das führt zu mehr Wirksamkeit und besseren Ergebnissen. Die EU übernimmt dabei die Rolle der Koordinatorin und Mittlerin. Die EU hat in mehr als 20 Ländern eine gemeinsame Programmplanung gestartet und plant deren Umsetzung in etwa 40 Partnerländern. Damit sind über 60 % der durch EU-Institutionen verwalteten, programmierbaren Hilfe für die Länder (Country Programmable Aid – CPA) abgedeckt.

Der nächste Schritt in diesem internationalen Prozess ist das erste hochrangige Treffen der Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit im April 2014 in Mexiko. Bei diesem Treffen wird überprüft werden, inwieweit bezüglich der Selbstverpflichtungen Fortschritte zu verzeichnen sind, und es sollen Probleme besprochen und die Umsetzung beschleunigt werden.

Die Entwicklungspolitik der EU und die bilaterale Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten mit Entwicklungsländern verstärken sich gegenseitig. Viele weitere EU-Politikbereiche haben Auswirkungen auf die Entwicklungsländer und werden daher mit der Entwicklungspolitik abgestimmt.



Die EU unterhält Programme zur Förderung der reproduktiven Gesundheit und der Gesundheit von Kindern in Flüchtlingslagern, wie hier in Thailand.

Die Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit der Kommission – EuropeAid – ist für die Festlegung der Politik der Entwicklungszusammenarbeit der EU und für die Umsetzung der Entwicklungshilfe in den Partnerstaaten zuständig. Um die Kohärenz zwischen den Außenbeziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, ist es die Aufgabe des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), alle politischen Initiativen und Maßnahmen mit den Entwicklungszielen in Übereinstimmung zu bringen.

Die EU hat 140 Delegationen und Büros in der ganzen Welt. Sie verwalten die Entwicklungs- und Kooperationsprogramme und vertreten die EU im jeweiligen Gastland. Nach einem Konflikt oder einer Naturkatastrophe kann die lokale EU-Delegation zum Beispiel die Prioritäten der Entwicklungshilfe neu anpassen und auf dringenden Bedarf reagieren.

Bei der Festlegung politischer Prioritäten und der Bereitstellung und Überwachung von Hilfe arbeitet die EU eng mit internationalen Organisationen zusammen. Deren Netzwerke und Expertise ergänzen die Ressourcen der EU. Zu den wichtigsten institutionellen Partnern gehören die Vereinten Nationen, die OECD, die Weltbank, die G-8 und die G-20. Über regelmäßige Dialoge und Kontakte ist die EU mit weiteren großen und traditionellen Geberländern (z. B. den USA, Japan und Korea) und zunehmend auch mit aufstrebenden Volkswirtschaften vernetzt.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft ist in Entwicklungsländern ein wichtiger Partner für die Geber. Nichtstaatliche Akteure können zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NRO), Berufsverbände, Sozialpartner, Universitäten oder die Medien sein. Ihr Vorteil ist in der Regel ihre große Nähe zu den lokalen Gemeinschaften, sodass sie Geber dabei unterstützen können, auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen zu reagieren. Sie sind daher zunehmend in die Erarbeitung von Strategien und Programmen eingebunden.

Die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft in der Entwicklungshilfe erhöht die lokale Akzeptanz und Eigenverantwortung.

Das macht die EU

Vom Reden zum Handeln

Im Jahr 2015 läuft die Frist zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele ab. Der aktuelle Stand gibt klaren Aufschluss über das Ausmaß und den Fortschritt der Entwicklung über die letzten 12 Jahre.

Laut einem im Juli 2012 veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen wurden mehrere Kernziele bereits erreicht:

- Die extreme Armut wurde halbiert und ist in allen Regionen rückläufig.
- Der Anteil der Menschen ohne Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen wurde halbiert.
- Die Lebensbedingungen von über 200 Millionen Slumbewohnern – doppelt so viele wie die Ziele für 2020 vorsehen – haben sich verbessert.
- Die Einschulungsraten der Mädchen im Grundschulbereich sind nun so hoch wie die der Jungen.
- Es gibt zunehmend Fortschritte bei der Verringerung der Mortalitätsraten von Müttern und Kindern.

Die EU hat zu diesen Ergebnissen einen erheblichen Beitrag geleistet. Von Investitionen in Gesundheit, Bildung, Straßeninfrastruktur bis hin zur Landwirtschaft – die Unterstützung der EU hat handfeste Fortschritte bewirkt. Seit 2000 hat die Unterstützung der EU dazu beigetragen, dass über 13 Millionen Kinder im Grundschulbereich eingeschult und mehr als 18 Millionen Kinder gegen Masern geimpft wurden. Mit ihrer Entwicklungshilfe hat die EU Millionen von Haushalten den Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen ermöglicht. Da die Verwirklichung einiger Ziele, unter anderem in den Bereichen Hunger und Hygiene, noch nicht in Sicht ist, hat die EU im September 2011 entschieden, zusätzliche 1 Mrd. € zu investieren, um Fortschritte in den Ländern der AKP-Gruppe zu unterstützen, die bezüglich dieser Ziele am weitesten zurückliegen.

Zusammen mit ihren Mitgliedstaaten ist die EU der größte Geber im Energiesektor weltweit und hat bereits Millionen von Menschen Zugang zu nachhaltiger Energie verschafft. Die EU ist darüber hinaus der größte Geber für Klimahilfe in Entwicklungsländern. Die Unterstützung der EU trägt zum Schutz der biologischen Vielfalt weltweit bei, schützt Länder vor Naturkatastrophen und verbessert den Schutz der Waldbestände, indem zum Beispiel illegaler Holzeinschlag bekämpft wird.

Individuell abgestimmte Hilfe

Die Unterstützung der EU ist in jedem einzelnen Bereich der Entwicklungszusammenarbeit an den jeweiligen Bedarf angepasst. Es werden eine Reihe von Programmen und Initiativen unterstützt, die ganzen Regionen zugutekommen und nicht nur einzelnen Staaten oder Sektoren. Regionale Zusammenarbeit ist eine sehr wirkungsvolle Herangehensweise für grenzüberschreitende Herausforderungen wie zum Beispiel Klimawandel und Handel. Globale, thematisch festgelegte Initiativen werden unter Berücksichtigung der Lage vor Ort umgesetzt.

Vier von fünf der am wenigsten entwickelten Länder sind AKP-Staaten, die meisten davon liegen in Afrika. Der Löwenanteil der EU-Hilfe für diese Region stammt aus dem Europäischen Entwicklungsfonds. Im Zeitraum 2008-2013 stellte der Fonds insgesamt 22,7 Mrd. € zur Verfügung.

Die strategische Partnerschaft der EU mit Afrika bietet ein Rahmenwerk für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten. 2007 einigten sich die Partner auf eine Gemeinsame Strategie Afrika-EU, die für jeden Sektor Meilensteine festlegte. Diese Strategie, die messbare Ziele und eine Fortschrittsüberwachung umfasst, leistet einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele. So verfolgen die europäischen und afrikanischen Partner eine Reihe konkreter Ziele, damit bis 2020 auf beiden Kontinenten eine zuverlässige, sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung zur Verfügung steht.



Ein Projekt „Lebensmittel gegen Arbeitsleistung“ in der Umgebung von Nairobi in Kenia stellt Wasser für Vieh und Pflanzen bereit.



Ägypten hat sein Ziel der Grundschulbildung für alle erreicht.

Die rasche Wirtschaftsentwicklung in ganz Asien hat zu einem deutlichen Rückgang der Armutsraten geführt. Dennoch sind in der Region weiterhin zwei Drittel der Armen der Welt beheimatet. Man braucht daher einen differenzierten Ansatz, bei dem zwischen armen Ländern und aufstrebenden Volkswirtschaften unterschieden wird. In ihrer Beziehung zu aufstrebenden Volkswirtschaften verlässt die EU mehr und mehr ihre Rolle als Geber von Entwicklungshilfe und positioniert sich zunehmend als strategischer Partner. Als solcher hat sie ihren Teil zu den bisher bereits erzielten Fortschritten beigetragen. Für die regionale Zusammenarbeit mit Asien wurde für den Zeitraum 2007-2013 ein Richtbetrag von 775 Mio. € veranschlagt.

Das Prinzip Kooperation statt Hilfe zeichnet auch die Arbeit der Union mit ihrer Nachbarschaft aus. Zur Stärkung von Wohlstand, Sicherheit und Stabilität über die Grenzen der EU hinaus bietet die Europäische Nachbarschaftspolitik Hilfe für an die EU angrenzende Staaten an. Im Zeitraum 2007-2013 wurden für diesen Zweck nahezu 12 Mrd. € bereitgestellt.

Angesichts der Volksaufstände in der Mittelmeerregion hat die EU einen neuen Ansatz eingeführt, um Forderungen nach politischer Teilhabe und Freiheit zu unterstützen. Die EU leistet darüber hinaus in großem Umfang Entwicklungshilfe an fragile Staaten (50 % der Gesamtentwicklungshilfe der EU). Im Katastrophenfall haben die dringendsten Bedürfnisse Vorrang. Dabei wird jedoch nicht aus den Augen verloren, dass die Kohärenz von humanitärer Hilfe und nachhaltiger Entwicklung gewährleistet sein muss.

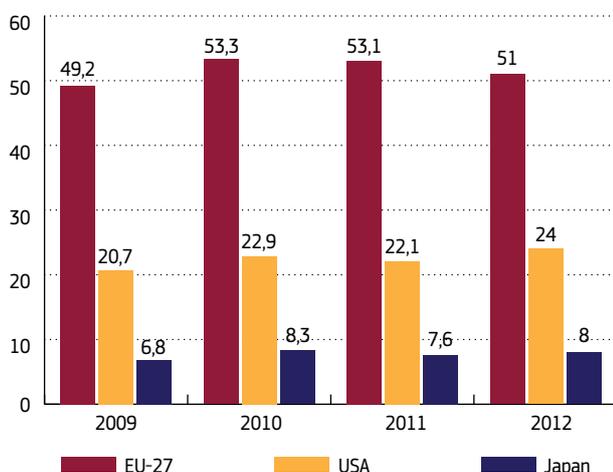
Die EU ist führender Geber und zweitgrößter Investor in Lateinamerika und gleichzeitig der zweitwichtigste Handelspartner der Region. Dank dieser Partnerschaft konnten die Millennium-Entwicklungsziele in der Region erfolgreich vorangebracht werden, insbesondere bei den Einschulungsraten im Grundschulbereich. Unter anderem auf dem Gebiet der Gleichstellung in der Gesellschaft, in Bezug auf Infrastrukturdefizite und den Zugang zu Trinkwasser bleibt jedoch noch viel zu tun. Die Finanzhilfe der EU an Lateinamerika beläuft sich im Jahr durchschnittlich auf 500 Mio. €. Der Schwerpunkt liegt dabei auf sozialem Zusammenhalt, regionaler Integration, verantwortungsvoller Staatsführung und nachhaltiger Entwicklung.

Hilfe zur Selbsthilfe

Von Ernährungssicherheit und Umweltfragen bis hin zu sozialen Themen und Menschenrechten: Die EU schreitet dort ein, wo es notwendig ist und wo sie etwas bewegen kann.

Demokratische Staatsführung – Dieser Aspekt hat in der Entwicklungszusammenarbeit eine hohe Priorität. In den letzten Jahren hat die EU den politischen Dialog mit Partnerländern erfolgreich mit sektorspezifischer Hilfe und Sensibilisierungsmaßnahmen kombiniert, um Verbesserungen auf dem Gebiet der Staatsführung zu bewirken. Allein im Jahr 2010 wurden Entwicklungsressourcen der EU in Höhe von 1,5 Mrd. € für Maßnahmen aufgewendet, die eine verantwortungsvolle Staatsführung unterstützen.

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (MRD. €)



2012 war die EU der größte Geber von Entwicklungshilfe weltweit. Die Gesamtsumme im Jahr 2012 fiel etwas geringer aus als 2011. Den höheren Beiträgen einiger EU-Länder standen krisenbedingte Ausfälle anderer Mitgliedstaaten gegenüber.



Die EU finanziert ein Projekt für den Erhalt der biologischen Vielfalt im Waldschutzgebiet Gola in Sierra Leone, einem der am wenigsten entwickelten Länder der Welt.

Landwirtschaft und Ernährungssicherheit – Die EU hat sich die Beseitigung von Armut und Hunger auf die Fahnen geschrieben. Jedes Jahr werden 600 Mio. € bereitgestellt, damit Menschen weltweit Zugang zu Grundnahrungsmitteln erhalten. Diese Leistung erfolgt ergänzend zur humanitären Nahrungsmittelhilfe in Krisensituationen. Über 50 Millionen Menschen haben von der 2009 eingerichteten Nahrungsmittelfazilität der EU mit einer Mittelausstattung von 1 Mrd. € profitiert. Die EU versorgte im Zeitraum 2004-2010 etwa 24 Millionen Menschen mit Saatgut, Werkzeug, Geldtransfers und Nahrungsmitteln, um ihnen aus der Armut zu helfen. Die Produktivität von Kleinbauern und die Widerstandsfähigkeit ländlicher Gemeinschaften ließe sich durch die Förderung eines nachhaltigen Landwirtschaftsmodells, das an die tatsächlichen Lebensumstände in den Entwicklungsländern angepasst ist, verbessern.

Handel – Über den Ausbau des Handels ist es im letzten Jahrzehnt gelungen, Millionen von Menschen aus der Armut zu befreien. Die EU ist der größte Geber für Handelshilfe, und ihr Markt steht Entwicklungsländern in höherem Umfang offen als jeder andere Markt der Welt. Im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems können Waren aus 176 Entwicklungsländern und Überseegebieten zu reduzierten Zöllen eingeführt werden. Die EU unterstützt AKP-Staaten bei der Integration in die Weltwirtschaft. Die lokale Wirtschaft und das lokale Wachstum kann durch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU gefördert werden. Diese Abkommen gehen über Freihandelsabkommen hinaus, indem der sozioökonomische Kontext berücksichtigt wird und die Länder Hilfe bei der Umsetzung erhalten. Den AKP-Staaten stehen dadurch die EU-Märkte offen. Sie selbst haben jedoch bis zu 25 Jahre Zeit, um ihre Märkte für EU-Importe zu öffnen.

Handelsbedingtes Wachstum für die bedürftigsten Staaten

Um die am wenigsten entwickelten Länder vollständig in das internationale Handelssystem aufzunehmen, achtet die EU in ihrer Strategie für Handelshilfe besonders auf die Belange dieser Staaten. Diese Anstrengungen haben dazu beigetragen, dass sich vor Ort etwas bewegt hat: Zwischen 2000 und 2008 ist das BIP in diesen Staaten pro Kopf von 325 US-Dollar auf über 625 US-Dollar gestiegen. 2012 legte die EU Pläne vor, wie die am wenigsten entwickelten Länder den größten Nutzen aus offenen Märkten ziehen könnten. Diese Pläne sehen Unterstützung vor, die es den betreffenden Ländern ermöglicht, Handelshemmnisse zu beseitigen, internationale Standards zu erfüllen und ihre Geschäftsumgebung aufzuwerten.

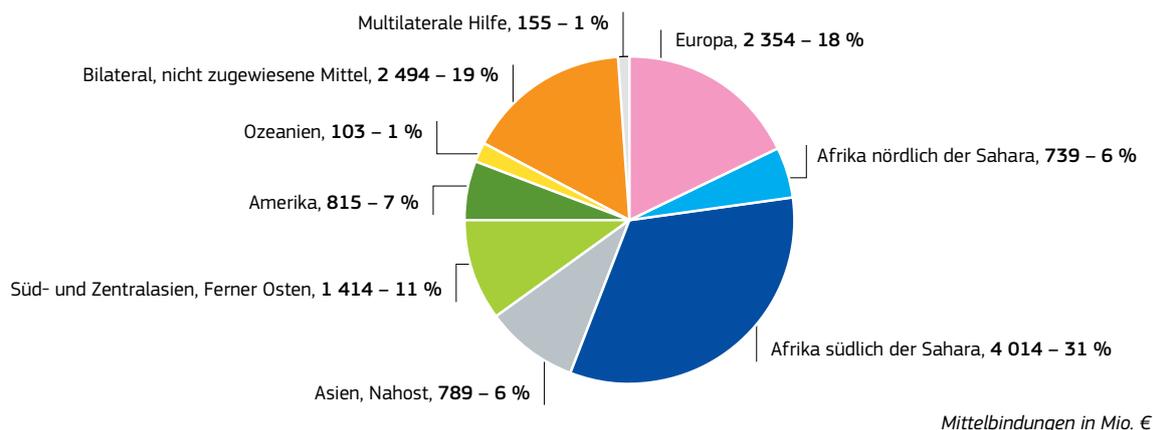
Wasser und Energie – Seit 2004 haben über 70 Millionen Menschen in Entwicklungsländern einen Trinkwasserversorgung und 24,5 Millionen Zugang zu sanitären Einrichtungen erhalten. Die Wasser- und Sanitärprogramme der EU belaufen sich auf nahezu 400 Mio. € pro Jahr. Mit diesen Mitteln wird der Bau von Infrastruktur für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung und die Bereitstellung sanitärer Grundversorgung und Hygiene unterstützt.

Da Energiearmut nach wie vor ein drängendes globales Problem bildet, investiert die EU in großem Stil in die Bereiche Zugang zu Energieressourcen sowie Energienachhaltigkeit und -sicherheit in Entwicklungsländern. Allein im Jahr 2010 hat die EU insgesamt 319,49 Mio. € für Energieerzeugung und -versorgung bereitgestellt. Die Bemühungen auf diesem Gebiet tragen erste Früchte. In AKP-Staaten, in denen das Problem am dringlichsten ist, erhielten zwischen 2007 und 2011 15 Millionen Empfänger Zugang zu modernen Energiedienstleistungen.



Kinder in einem Gesundheitsprojekt der EU in Nicaragua in Mittelamerika putzen sich die Zähne.

REGIONALE VERTEILUNG DER EU-HILFE AN ENTWICKLUNGSLÄNDER 2012



Nachhaltige Energie für alle

Mit der UN-Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ hat die EU diesem Ziel auch in ihrer Entwicklungspolitik eine hohe Priorität eingeräumt. Für 2030 wurde ein dreifaches Ziel festgesetzt:

- Zugang zu moderner Energieversorgung für alle,
- Verdoppelung der Verbesserungsrate bei der Energieeffizienz,
- Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energie am weltweiten Energie-Mix.

Beim EU-Gipfel „Nachhaltige Energie für alle“ im Jahr 2012 kündigte Kommissionspräsident José Manuel Barroso an, dass die EU Entwicklungsländer dabei unterstützen werde, bis 2030 weiteren 500 Millionen Menschen Zugang zu Energie zu verschaffen.

zur Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit – einem Millennium-Entwicklungsziel – bei. Zu den Erfolgen auf diesem Gebiet gehören eine sinkende Abholzungsrate, die Verbesserung der Lebensbedingungen in Slums und ein besserer Zugang zu sicherem Trinkwasser. Die ökologischen Herausforderungen sind jedoch nach wie vor sehr groß. Für den Zeitraum 2011-2013 wurden Mittel in Höhe von etwa 517 Mio. € für diese Strategie eingestellt.



Ein Brunnen in Papua-Neuguinea. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist nach wie vor ein Problem in Entwicklungsländern.

Umwelt und natürliche Ressourcen – Die ärmsten Länder der Welt sind gleichzeitig auch den größten Umweltgefahren ausgesetzt, insbesondere den Folgen des Klimawandels. Der Raubbau natürlicher Ressourcen trifft sie besonders hart. Die EU setzt sich auf internationaler Ebene am nachdrücklichsten für eine nachhaltige Entwicklung ein und hat alle großen multilateralen Umweltübereinkommen ratifiziert. Sie setzt im Rahmen ihrer Politik zur Armutsbekämpfung eine Strategie zur Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen um. Diese Strategie trägt direkt

Zuschüsse für die Ernährungssicherheit im verwüsteten Haiti

Haiti gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Als es im Januar 2010 von einem gewaltigen Erdbeben erschüttert wurde, verstärkte diese Naturkatastrophe die bereits bestehende Nahrungsmittelkrise. Hohe Importpreise, kombiniert mit Ernteausfällen nach mehreren Orkanen, hatten fatale Folgen für die Ernährungssicherheit.

Die Lage von 300 000 ländlichen Haushalten in der nordöstlichen Provinz Haitis wurde durch ein EU-finanziertes Projekt erheblich verbessert. Ziel war eine Intensivierung und Diversifizierung der Landwirtschaft und die Verbesserung der Wasserbewirtschaftung und Aquakulturen.

Für die lokale Bevölkerung bewirkte diese Initiative sehr viel. Der Bau von 692 Wassertanks und 2 550 Getreidesilos und die Verteilung von Saatgut erhöhte die Ernteerträge und trug wesentlich zur Existenzsicherung bei.

„Wenn Dürre herrscht und Sie kein Wasserbecken haben, verlieren Sie die gesamte Ernte“, erklärt Gédéon Richè, einer der Empfänger des Projekts. „Dank dem Wasserreservoir sind die Erträge gut, wir können uns von meinem Gemüse ernähren, und das hilft meiner Familie sehr.“

Dieses gemeinsam mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen umgesetzte Projekt erhielt im Zeitraum 2009-2011 EU-Finanzmittel in Höhe von insgesamt 9,6 Mio. €.

Lebenswichtige Versorgung für Mütter und Säuglinge in Kasachstan

Nach der Unabhängigkeit Kasachstans im Jahr 1991 brach die staatliche Finanzierung des Gesundheitswesens ein. Das führte zu erheblichen Qualitätseinbußen in diesem Sektor. Infolgedessen sterben jedes Jahr Tausende von Säuglingen und Kleinkindern aufgrund mangelnder gesundheitlicher Versorgung und die Gesundheit von Müttern ist nach wie vor ein ernstes Problem.

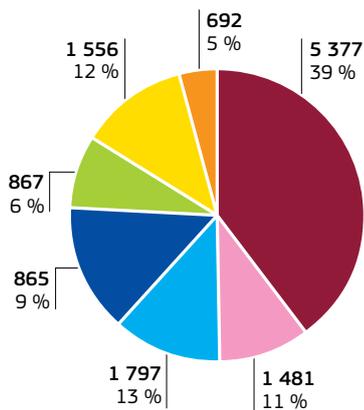
Um das Angebot einer hochwertigen pränatalen und pädiatrischen Versorgung in dem Land zu verbessern, entschied die EU, dort gezielt Hilfe zu leisten. Sie unterstützte ein Projekt zur Begleitung des kasachischen Gesundheitsministeriums bei der Entwicklung einer nationalen Strategie für die Gesundheit von Mutter und Kind. Familien, lokale Gemeinschaften und Gesundheitsdienstleister wurden in den Reformprozess eingebunden. Am Ende stand die Einführung von Leitlinien für die häufigsten Krankheiten und mögliche damit einhergehende Komplikationen. Gesundheitsdienstleister erhielten Schulungen und Beratung.

Der Ansatz erwies sich als wirkungsvoll. Die Gesundheitsdienste für Mütter und Kinder konnten verbessert und effizienter organisiert werden und die Kapazitäten des Gesundheitswesens für ihre weitere Verbesserung wurden ausgeweitet. Familien und lokale Gemeinschaften wurden im Sinne einer Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern verstärkt eingebunden. „Einer der vielen Vorzüge eines integrierten Managements von Kinderkrankheiten liegt darin, dass wir daraus lernen, wie sich der Abstand zwischen Arzt und Patienten verringern lässt“, betont Polina Slugina, eine Kinderärztin im Osakarov-Distrikt.

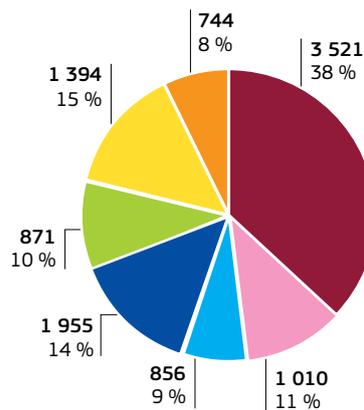
Die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele einer Senkung der Kindersterblichkeit und Verbesserung der Gesundheit von Müttern steht in Kasachstan noch aus.

SEKTORSPEZIFISCHE VERTEILUNG DER EU-HILFE AN ENTWICKLUNGSLÄNDER 2012

Mittelbindungen 2012 in Mio. €



Auszahlungen 2012 in Mio. €



- Soziale Infrastruktur: Bildung und Gesundheit, Wasser, Regierung und Zivilgesellschaft, Sonstiges
- Wirtschaftliche Infrastruktur und Dienste: Verkehr, Kommunikation, Energie, sonstige Dienste
- Produktion: Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, Industrie, Bergbau und Bauwesen, Handel und Tourismus
- Multisektoral/übergreifend: Umwelt, Sonstiges
- Haushaltsunterstützung, Nahrungsmittelhilfe, Ernährungssicherheit
- Humanitäre Hilfe: Katastrophenhilfe, Wiederaufbauhilfe, Katastrophenprävention und -bereitschaft
- Sonstiges/nicht zugewiesene Mittel: Verwaltungskosten, nicht spezifiziert

Mikrofinanzierung in Afrika: kleine Darlehen, große Wirkung

Die Mikrofinanzierung erleichtert armen Menschen den Zugang zu Finanzmitteln. Um ihr volles Potenzial als Wirtschaftsentwicklungsinstrument für Afrika zu entfalten, müssen Mikrofinanzinstitutionen ihre Standards auf dem Gebiet des Risikomanagements und der Transparenz erhöhen. Die EU hat das Smartrac-Programm zum Aufbau von Kapazitäten in afrikanischen Mikrofinanzinstitutionen unterstützt, damit sich ihre Fähigkeit der Risikoverwaltung und -überwachung erhöht.

Smartrac steht für Nachhaltigkeit, Management, Rechenschaftspflicht, Risiko, Transparenz, Versicherung und Einhaltung (Sustainability, Management, Accountability, Risk, Transparency, Assurance, Compliance). Mit dem Programm soll der Zugang zu Krediten verbessert werden, indem lokale Mikrofinanzierungsanbieter durch den Know-how-Transfer gestärkt werden. Mikrofinanzinstitutionen und lokalen Anbietern wurden Risikomanagement-Instrumente zur Verfügung gestellt.

Diese Maßnahme war äußerst erfolgreich. Die Dienste der 12 unterstützten Mikrofinanzinstitutionen kamen etwa 700 000 Kunden mit niedrigem Einkommen zugute. Die Wachstumsrate der Finanzierungsanbieter, die Unterstützung erhielten, bewegte sich zwischen 4 % und 160 %.

Das Projekt wurde in Angola, Gambia, Ghana, Kenia, Malawi, Nigeria, Ruanda und Tansania durchgeführt. Die EU leistete zwischen 2006 und 2009 einen Beitrag von 348 000 €. Die Zusammenarbeit der Europäischen Union und der AKP-Staaten auf dem Gebiet der Mikrofinanzierung ist aktuell Bestandteil des Programms „AKP/EU-Mikrofinanzierung“ (2010–2014). Die Partner arbeiten an der Entwicklung integrativer Finanzsysteme, die auf die Bedürfnisse der Armen in der Welt abgestimmt sind – zur Förderung von Wachstum und einer besseren Verteilung des Wohlstands.

Ausblick

Ehrgeizigen Zielen gerecht werden

Die nächsten fünf Jahre werden für die internationale Zusammenarbeit und Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein. Zu den größten Herausforderungen werden die Verhandlungen über den globalen Rahmen für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 zählen. Dieses neue Rahmenwerk soll grundlegende Lebensstandards regeln, integratives und nachhaltiges Wachstum fördern, zur nachhaltigen Bewirtschaftung unserer natürlichen Ressourcen beitragen, Gerechtigkeit, Gleichheit und Gleichberechtigung sicherstellen und die besondere Situation von Krisen- und Konfliktgebieten berücksichtigen. Die EU wird sich weiter für ein ehrgeiziges Rahmenwerk für die Zeit nach 2015 einsetzen und dafür sorgen, dass die Prioritäten der EU in alle relevanten Foren Eingang finden.

Zu ihren weiteren Prioritäten zählen die Einleitung von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten nach Auslaufen des Cotonou-Abkommens und die Vertiefung der strategischen Partnerschaft der EU mit Afrika. Die EU wird der Achtung der Menschenrechte, einer verantwortungsvollen Staatsführung und der Gleichstellung der Geschlechter bei allen politischen Dialogen und Hilfeprogrammen mit Partnerländern hohe Priorität einräumen und Sorge dafür tragen, dass ihre gesamte Politik mit den Zielen der internationale Zusammenarbeit und Entwicklung in Einklang steht.

Das Jahr 2015 ist von entscheidender Bedeutung, da es das letzte Jahr für das Erreichen der gemeinsam vereinbarten



Ein mit EU-Mitteln finanziertes Projekt zum Erhalt und Ausbau der Obst- und Gemüsewirtschaft kommt diesem Feldarbeiter in Kenia zugute.

Millennium-Entwicklungsziele ist. Es ist auch das Jahr, in dem bedeutende internationale Entscheidungen über den Handlungsrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahrzehnten anstehen.

Aus diesen Gründen wurde 2015 zum „Europäischen Jahr der Entwicklung“ ausgerufen. Unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ werden die Organe der EU und die Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft Initiativen mit dem Ziel einleiten, die breite Öffentlichkeit über die Entwicklungszusammenarbeit der Union und der Mitgliedstaaten zu informieren, wobei großer Wert auf die unmittelbare Einbindung der EU-Bürgerinnen und -Bürger und die Förderung des kritischen Denkens gelegt wird.



Die Entwicklung des ländlichen Raums gehört zu den Prioritäten in der Zusammenarbeit der EU mit Gambia, einem der ärmsten Länder der Welt.



2015 Europäisches Jahr für Entwicklung

unsere Welt
unsere Würde
unsere Zukunft

<http://europa.eu/eyd2015>
 [@eyd2015](#); [#eyd2015](#)
 [facebook/europeanyearfordevelopment2015](https://www.facebook.com/europeanyearfordevelopment2015)

Weitere Informationen

- ▶ **Entwicklung durch Zusammenarbeit – EuropeAid:** http://ec.europa.eu/europeaid/index_de.htm
- ▶ **Capacity4dev.eu – Vernetzung der Entwicklungshilfegemeinschaft:**
<http://capacity4dev.ec.europa.eu>
- ▶ **Europäischer Auswärtiger Dienst:** http://eeas.europa.eu/index_de.htm
- ▶ **Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz:** http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm
- ▶ **Fragen zur Europäischen Union? Europe Direct hilft Ihnen weiter: 00 800 6 7 8 9 10 11 –**
<http://europedirect.europa.eu>

